

KOMMENTARE

Schlechte Ausgangslage

RAINER HAENDLE

Gut viereinhalb Monate vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg kämpft die Regierungspartei CDU um die Rückkehr in die Staatskanzlei. Im Moment sind ihre Chancen eher mäßig. Das liegt nicht allein an der Strahlkraft des grünen Landesvaters Kretschmann, die zwar nach zwei Amtszeiten schwindet, aber immer noch dominant ist. Es liegt auch an den Handicaps seiner Herausforderin Susanne Eisenmann, wie die aktuelle Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen deutlich aufzeigt. Die 55-jährige braucht nach der aktuellen Ausgangslage schon einen Lucky Punch, also einen äußerst glücklichen K.-o.-Schlag, um den amtierenden Regierungschef auf die Bretter zu schieben. Unmöglich ist der Knockout nicht,

CDU-Spitzenkandidatin hat einige Handicaps

aber als Kultusministerin und Juniorpartnerin im Kabinett Kretschmann kassiert Christdemokratin Eisenmann aktuell selbst zu viele politische Wirkungstreffer. Die frühere Stuttgarter Kultur-Bürgermeisterin ist in der Bevölkerung zu unbekannt und zu unbeliebt. Eine Trendumkehr bei diesen für eine Wahlentscheidung wichtigen Kennzahlen liegt schon deshalb in weiter Ferne, weil die Corona-Pandemie zwangsläufig am Lack aller Kultusminister kratzt. Bei zahlreichen Eltern liegen die Nerven blank, und dafür machen sie häufig und automatisch den jeweiligen Amtsinhaber verantwortlich. Ob das jetzt die Unterrechtsausfälle, die mangelnde Digitalausstattung der Klassen oder die Probleme bei der Kinderbetreuung sind, ist am Ende egal. Die Schuld dafür trifft nach Meinung vieler Eltern und damit vieler Wähler die verantwortlichen Politiker. Insofern hat Eisenmann den denkbar schlechtesten Job, um vom Souverän ins Amt der

Landesmutter gehievt zu werden. Hinzu kommt ein mehr oder wenig konstanter Fünf-Prozent-Abstand zwischen den Grünen und dem Juniorpartner CDU in den meisten Umfragen der vergangenen Monate.

Natürlich sind Umfragen immer nur Momentaufnahmen, und bis zum 14. März 2021 fließt noch viel Wasser den Rhein hinunter. Zudem gibt es noch andere Themenfelder als die Schulpolitik, bei denen die Christdemokraten traditionell besser punkten – zum Beispiel die Innere Sicherheit und die Wirtschaftspolitik. Aber genau hier zeigt sich das Problem des CDU-Lagers ganz deutlich, weil die Kriminalität in Lockdown-Zeiten keine große Rolle spielt und sich die Wirtschaftsthemen fast ausschließlich um

Corona-Hilfen drehen. Zudem wird sich der Wahlkampf wegen der Corona-Pandemie deutlich verändern – weg von Großveranstaltungen hin zu digitalen Events. Ob dies allerdings Susanne Eisenmann hilft, gegen den populären Landesvater Kretschmann zu punkten, ist mehr als fraglich. Denn die Grünen sind bei der Digitalisierung ihrer Parteistrukturen schon immer Vorreiter gewesen, während sich die Christdemokraten parallel dazu mit Vorbehalten ihrer meist deutlich älteren Parteigänger gegen die digitale Kommunikation herumschlagen mussten. Zu den Handicaps von Eisenmann zählen auch die auf die lange Bank geschobene Wahl des Bundesvorsitzenden und ihr angespanntes Verhältnis zum CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl. Unter dem Strich also ziemlich düstere Aussichten für die Wahlkämpferin Eisenmann. Sie muss jetzt schleunigst aus der Deckung kommen und eigene Treffer landen.

Die Notbremse

MARTIN FERBER

Die Lage ist ernst. Das Corona-Virus, das im Sommer auf dem Rückzug schien, ist mit aller Wucht zurückgekehrt. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel vor einiger Zeit mahnte, die Zahl der Neuinfektionen könne bis Weihnachten auf 19.200 pro Tag ansteigen, wurde sie noch verspottet und verlacht. Doch bereits jetzt gibt es 15.000 Neuinfizierte – und bis Weihnachten sind es noch acht Wochen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Patienten in den Intensivstationen und der Toten.

Angesichts dieser Entwicklung ziehen Bund und Länder in einem radikalen Schritt die Notbremse. Die Politik kapituliert vor dem Virus. Da alle bisherigen Maßnahmen die exponentielle Ausbreitung nicht verhindern konnten, werden weite Teile des öffentlichen Lebens heruntergefahren. Bereits ab Montag schließen für vier Wochen alle Bars, Clubs, Diskotheken, Kneipen und Restaurants, zudem auch Theater, Opern und Konzerthäuser. Den Freizeit- und Amateursport trifft es ebenso wie Fitnessstudios, Messen, Kinos, Freizeitparks, Bordelle und Spielhallen. Und in der Öffentlichkeit gelten strenge Kontaktbeschränkungen.

Es gilt die Devise: Lieber sofort und hart als halbherzig oder zu spät. Denn es droht der Kontrollverlust. Ab 20.000 Neuinfizierten sind die Gesundheitsämter nicht mehr in der Lage, die Infektionswege zu verfolgen. Und spätestens in

sechs Wochen wären alle 30.000 Intensivbetten im Lande belegt. Der abrupte Wellenbrecher-Lockdown soll nicht nur Weihnachten, sondern auch das Weihnachtsgeschäft retten. Pünktlich zum 1. Advent laufen die Einschränkungen aus.

Doch der Preis ist hoch. Eine Minderheit, lautstark noch dazu, bezweifelt die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen und macht in den sozialen Netzwerken wie auf der Straße mobil. Ihr Widerstand fällt auf fruchtbaren Boden. Besonders hart

trifft der zweite Lockdown die Gastronomie, die Kultur und die Veranstaltungsbranche. Absehbar ist, dass viele Betriebe in finanzielle Not geraten und die zweite Schließung nicht überstehen werden. Zwar will Finanzminister Olaf Scholz nochmals Milliarden locker machen, um die größten Probleme zu lindern, doch das wird nicht reichen, um alle Betriebe zu retten. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu Insolvenzen in größerem Umfang und zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen kommt – eine Gefahr für den sozialen Frieden im Land.

Und was, wenn auch der Wellenbrecher nicht reicht? Wenn sich das Virus nicht bezwingen lässt? Wenn es länger dauert, bis ein Impfstoff zur Verfügung steht? Man will gar nicht daran denken. Ein Virus, winzig klein und ohne Wirt nicht lebensfähig, zwingt den Menschen in die Knie und zeigt ihm seine Grenzen auf.



Religion als Druckmittel

In 56 Staaten erleben Menschen Feindseligkeiten wegen ihres Glaubens

Von unserem Mitarbeiter Carsten Hoffmann

Berlin (dpa). Die Freiheit der Religionsausübung und der Weltanschauung gerät nach einem neuen Bericht der Bundesregierung weltweit zunehmend unter Druck. Dabei seien Christen als Angehörige der zahlenmäßig größten Glaubensgemeinschaft besonders betroffen, aber auch Angehörige anderer Religionen, stellt der am Mittwoch in Berlin veröffentlichte 2. Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit fest. „Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht. Drei von vier Menschen leben in einem Land, das ihre Religions- oder Weltanschauungsfreiheit einschränkt“, sagte der Bundesbeauftragte für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel, bei der Vorstellung des Berichts.

Der Bericht verweist auf Zahlen, nach denen 52 Regierungen einer oder mehreren Religionsgemeinschaften hohe oder sehr hohe Einschränkungen auferlegen. Die Zahl der Länder, in denen Menschen Feindseligkeiten im Zusammenhang mit Religion erleben, sei von 2007 bis 2017 von 39 auf 56 Staaten gestiegen. Atheisten würden in 23 Staaten diskriminiert oder verfolgt. Die Bundesregierung hatte

ihren ersten Bericht zu dem Thema 2016 vorgelegt. Die nun verfügbaren Zahlen sind teils bereits aus dem Jahr 2017.

Der neue Bericht identifiziert drei Problemfelder: Gesetze gegen Gotteslästerung („Blasphemie“) und den Wechsel der Religion („Anti-Konversionsgesetze“) erweisen sich demnach unter dem Vorwand des Schutzes der Freiheit von Religion und Weltanschauung oft als Einfallstor von Einschränkungen. Digitale Kommunikation und Anstiftung zu religiösem Hass über das Internet seien von zunehmender Relevanz. Außerdem werde auf internationaler Bühne das Thema Bildung und Beschränkungen für religiöse Gruppen zu wenig thematisiert.

„Herausforderungen“ in Deutschland zu beobachten

Religions- und Weltanschauungsfreiheit steht in einem „unauflöslichen Zusammenhang mit den anderen Menschenrechten“, könnten aber gleichwohl „im Spannungsverhältnis mit anderen Rechten stehen – etwa dem der Meinungsfreiheit“, heißt es in dem Bericht.

Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Ludwig Schick (Bamberg), begrüßte verstärkte Bemühungen

seitens der Bundesregierung und der Europäischen Union um die Religionsfreiheit. „Wenn Religionsfreiheit vorhanden ist, dann ist auch Frieden vorhanden“, sagte er.

Während in Deutschland die Religions- und Weltanschauungsfreiheit verfassungsrechtlich garantiert sei, seien auf gesellschaftlicher Ebene jedoch „Herausforderungen zu beobachten“, Debatte und gerichtliche Entscheidungen, heißt es in dem Bericht. Genannt werden das Kopftuchtragen, das Glockenläuten, das Schächten von Tieren oder die Beschneidung von Jungen. Mit Sorge wird auf antisemitische und islamfeindliche Anschläge hingewiesen.

In einem Länderteil wird die Lage in 30 Staaten betrachtet, in denen die Situation von besonderem Interesse war. Grübel nannte die Lage der muslimischen Uiguren in China „besonders dramatisch“. Zur Türkei zeichnet der Bericht ein Bild von Licht und Schatten, wobei sich das Verhältnis des Staates zu Minderheiten teils verbessert habe, teils eine Diskriminierung fortbestehe. In Pakistan seien Dutzende Menschen wegen Blasphemie im Gefängnis inhaftiert, 17 Menschen säßen im Todestrakt. In zwölf Staaten sei es rechtlich möglich, den Wechsel der Religion mit der Todesstrafe zu ahnden.

Viele Tote bei Konflikt um Berg-Karabach

Baku/Eriwan (dpa). Im blutigen Konflikt um die Südkaukasusregion Berg-Karabach sollen bei armenischen Angriffen auf die aserbaidische Stadt Barda mindestens 20 Menschen getötet worden sein. Zuvor war von 14 Toten die Rede. Mehr als 40 Menschen wurden verletzt, wie die Generalstaatsanwaltschaft in der aserbaidischen Hauptstadt Baku am Mittwoch mitteilte.

Der aserbaidische Präsidentenberater Hikmet Hajiyev warf Armenien den Einsatz von international geächteter Streumunition vor. Er sprach von einem Kriegsverbrechen. Die Sprecherin des armenischen Verteidigungsministeriums, Schuschan Stepanjan, wies das als „Lüge“ zurück.

EU-Abgeordneter tritt in Hungerstreik

Brüssel (dpa). Um mehr Geld für Klimaschutz, Gesundheit und Soziales zu mobilisieren, ist der französische Europaabgeordnete Pierre Larrourou in den Hungerstreik getreten. Damit wolle er Druck auf die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und den französischen Präsidenten Emmanuel Macron ausüben, schrieb der 56-Jährige am Mittwoch auf Twitter und Facebook.

SPD: Exportstopp soll verlängert werden

Berlin (dpa). Die SPD dringt auf eine Verlängerung des Rüstungsexportstopps für Saudi-Arabien bis Herbst 2021. „Wir haben im Koalitionsvertrag verbindlich und klar vereinbart, dass Deutschland keine Rüstungsexporte mehr an Länder genehmigt, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind“, sagte die stellvertretende Chefin der Bundestagsfraktion, Gabriela Heinrich, am Mittwoch.



Suchte das Gespräch: Robert Habeck, Parteichef der Grünen, ging in den Dialog mit den Demonstranten vor der Bundesgeschäftsstelle seiner Partei. Foto: Annette Riedl/dpa

Protest bei den Grünen

A49-Gegner demonstrieren vor der Parteizentrale

Berlin (dpa). Gegner des Weiterbaus der Autobahn 49 in Hessen haben am Mittwochmorgen an und in der Parteizentrale der Grünen in Berlin protestiert. Einigen Aktivisten gelang es, mit einer Leiter auf einen Balkon des Hauses zu steigen. Dort entfalteten sie ein Transparent „Autopartei? Nein Danke“ – angelehnt an das Motto der Anti-Atomkraft-Bewegung „Atomkraft? Nein danke“. Parteichef Robert Habeck suchte das Gespräch. Die Grünen sind in Hessen an einer Regierungskoalition mit der CDU beteiligt.

Der Protest wurde unter anderem von den Klimaschutz-Bündnissen Fridays for Future und Ende Gelände organisiert. Insbesondere Fridays for Future steht den Grünen in Teilen eigentlich nah – Vertreter der Bewegung kritisieren

aber auch immer wieder die Grünen-Pläne im Klimaschutz als unzureichend.

Die A49 soll nach dem Lückenschluss Kassel und Gießen direkter miteinander verbinden. Für den Weiterbau der Trasse laufen derzeit Rodungen. Im Danneröder Forst nahe Homberg/Ohm (Vogelsbergkreis) stehen ebenfalls Fällarbeiten an. Dagegen setzen sich Umweltschützer zur Wehr. „Wer 2020 eine neue Autobahn bauen will, ignoriert die Grausamkeit der Klimakrise“, hieß es in einer Mitteilung am Mittwoch.

Habeck sagte im Anschluss, er verstehe die Wut über den Bau der A49, es handle sich aber um ein Bundesprojekt, für das die Bundesregierung zuständig sei. „Die hessische Landesregierung ist zur Umsetzung verpflichtet“, erklärte der Grünen-Chef.

Druck und Verlag: Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH
Linkenheimer Landstraße 133, 76149 Karlsruhe

Verleger, Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Michael Baur

Stellvertretende Chefredakteure: Rainer Haendle, Claudia Bockholt, Lars Geipel
Leitende Redakteure: Tobias Roth (Themen), Daniel Stahl (Online), Matthias Kuld (Print)
Art-Direktor: Matthias Schäfer, Marc Dietz

Verantwortlich im Sinne des Landespressgesetzes sind folgende Redakteure: Politik, Südwestecho, Wirtschaft, Kultur und Sport: Mario Beltschak; Karlsruhe, Ettlingen und Region: Christopher Töngi; Pforzheim, Bruchsal, Bretten und Hardt: Anne Weiss; Rastatt, Baden-Baden, Gaggenau, Bühl und Achern: Peter J. Funk. Weitere leitende Redakteure: Alexei Makartsev, Martin Ferber (Politik); Sibylle Kranich (Südwestecho); Dirk Neubauer (Wirtschaft); Michael Hübl, Andreas Jüttner (Kultur); René Dankert, Gerhard Wolff (Sport); Florian Konrad (Sport Mittelbaden); Frank Seyen (Sport Pforzheim); Marcel Winter (Sport Bruchsal); Theo Westermann, Tina Kampf, Wolfgang Voigt (Karlsruhe); Heidi Schulte-Walter, Rainer Obert (Ettlingen); Michael Rudolphi

Bernd Kamleitner (Baden-Baden); Michael Moos, Frank Löhning (Achern); Wilfried Lienhard, Ulrich Coenen (Bühl); Holger Siebnich, Swantje Huse (Rastatt); Thomas Dorscheid (Gaggenau); Dietrich Hendel, Thilo Kampf (Hardt); Daniel Streib, René Ronge (Pforzheim); Christina Zäpfel (Bruchsal); Christof Bindschädel, Hansjörg Ebert (Bretten); Roswitha Bruder-Pasewald (Fächer und Reise); Cora Jahn-Rosemann, Holger Keller (Beilagen) und Sonderveröffentlichungen; Michael Schorpp, Veronika Wunsch (Personal und Technik); Stefan Lange, Bernhard Jungtinger, Christian Grimm (Berlin). Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird von uns keine Gewähr übernommen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulf Spannagel, für lokale Anzeigen im Acher- und Bühler Bote: Gerhard Fautz. Aufnahme von Anzeigen nur zu den Bedingungen der jeweils gültigen Anzeigen-Preisliste und den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlags. Abbestellungen eines Abonnements (gedruckte Ausgabe) können nur schriftlich mit einer vierwöchentlichen Frist zum Monatsende angenommen werden. Bei Abbestellungen zu einem anderen Termin erfolgt keine Rückerstattung der Abonnementgebühren. Sollte die Zeitung wegen höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens nicht erscheinen, besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgebühres. Wir weisen darauf hin, dass Vertragsdaten in einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen auch über den Zeitpunkt der Vertragserfüllung hinaus.

Der große BaWü-Check (1): Schulen in der Krise



Unterricht im Elternhaus: Während der Schulschließungen waren die Kinder auf die Unterstützung der Lehrer per Computer angewiesen – und auf mütterliche und väterliche Ersatzlehrer. Wie gut hat es geklappt? Die Antwort darauf fällt keineswegs so eindeutig aus, wie manche Problemdiskussion vermuten ließe. Die BNN und die anderen baden-württembergischen Tageszeitungen haben die Stimmung im Land ergründet. Foto: Paul Bradbury/Imago Images

Die große Angst vor dem Betreuungsnotstand

Umfrage zeigt: Bürger wollen verlässliche Kitas / Ähnlich viele frustrierte und zufriedene Eltern nach Homeschooling

Der Baden-Württemberg-Check

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem namhaften Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengesprochen. Die Meinungsforscher befragen bis zur Landtagswahl 2021 einmal im Monat mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im ersten Teil des Baden-Württemberg-Checks stehen Schulpolitik und Kinderbetreuung in Corona-Zeiten im Mittelpunkt – mit einigen überraschenden Erkenntnissen:



Der Unterricht zuhause, das sogenannte Homeschooling, ist in Diskussionen häufig mit Wörtern wie „Katastrophe“ und „Überforderung“ verknüpft. Die Erfahrungen der Eltern, die oft Ersatzlehrer spielen mussten, sind jedoch keineswegs eindeutig negativ.

Homeschooling glückte auch

Es gibt vielmehr zwei fast gleich große Lager: 42 Prozent der Eltern von Schulkindern finden, dass der Unterricht zuhause alles in allem gut funktioniert hat. Der Anteil derjenigen Mütter und Väter, die sagen, dass Homeschooling bei ihnen nicht gut geklappt hat, ist mit 44 Prozent nur geringfügig größer. 14 Prozent der Befragten sind unentschieden.

Sorge: Wohin mit dem Kind?

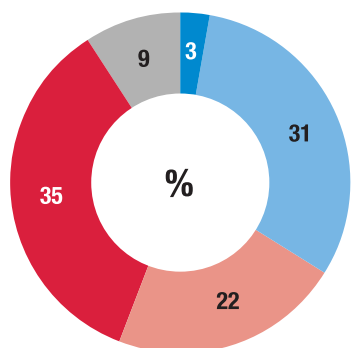
Eine große Sorge vereint die Mehrheit der Väter und Mütter: Sie haben Angst davor, dass die Kinderbetreuung wegen der Corona-Pandemie kurzfristig wieder wegbriecht und ihre Kinder nicht in die Kita oder zur Schule gehen können. Wohin mit dem Kind? Diese Frage stellt dann viele Familien vor Probleme. 66 Prozent der Eltern machen sich deshalb große bis sehr große Sorgen. Nur elf Prozent sind völlig oder fast unbesorgt.

91 Prozent finden Kitas wichtig

Auf breiten moralischen Rückhalt können die beunruhigten Eltern hoffen. Oft wird Baden-Württemberg immer noch als Hort des Hausfrauen-Modells abgestempelt – doch eine verlässliche Kinderbetreuung in Schulen und Kindertagesstätten hat heutzutage für eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung eine hohe Bedeutung: 91 Prozent der Bürger halten sie auch in Krisenzeiten für sehr wichtig oder wichtig. Damit tickt der Querschnitt aus Jungen und Alten, Eltern und Kinderlosen fast identisch wie die Väter und Mütter (92 Prozent). Die Erkenntnis, dass Berufstätigkeit und Kindererziehung unter einen Hut passen

Schulpolitik

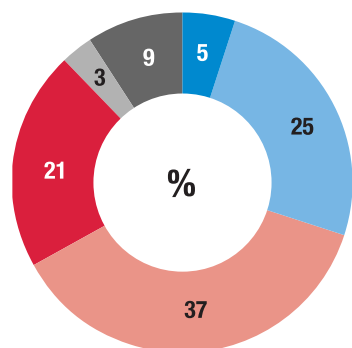
„Wie bewerten Sie speziell die Schulpolitik des Landes in der Corona-Krise?“



■ sehr gute Arbeit ■ gute Arbeit
■ weniger gute Arbeit ■ keine gute Arbeit
■ unentschieden

Digitale Ausstattung

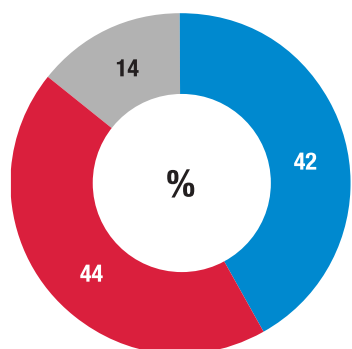
„Wie bewerten Sie die Ausstattung der Schule Ihrer Kinder mit digitalen Medien?“



Die Ausstattung ist...
■ sehr gut ■ eher gut
■ eher schlecht ■ sehr schlecht
■ ganz unterschiedlich ■ unentschieden

Homeschooling

„Wie hat das Homeschooling bei Ihnen funktioniert?“



Die Eltern empfanden die Unterstützung der Lehrer als...
ausreichend 26%
nicht ausreichend 29%
ganz unterschiedlich 39%
unentschieden 6%

■ hat gut funktioniert
■ hat weniger gut funktioniert
■ unentschieden



Verlässliche Betreuung dringend erwünscht: 91 Prozent der Bürger halten geöffnete Kitas und Schulen auch in der Krise für wichtig bis sehr wichtig. Foto: Adobe Stock

müssen, ist offensichtlich allgemein anerkannt.

Mütter gelassener als Väter

Deutlich weniger Sorgen bereitet den Eltern die Frage, ob die Corona-Vorsichtsmaßnahmen an den Schulen ausreichen. Dass die Maskenpflicht dort eingehalten und ausreichend kontrolliert

wird, glauben zwar nur 25 Prozent. Akuten Handlungsbedarf an der Schule der eigenen Kinder sieht dennoch eine Minderheit: Nur 39 Prozent sagen, man müsse mehr zum Schutz vor dem Virus tun, 47 Prozent halten die Maßnahmen für ausreichend, der Rest ist unentschieden. Die Mütter, die eher als besorgt gelten, aber sich auch mehr um Schulthemen küm-

mern, sind in diesem Punkt sogar auffällig gelassener: 54 Prozent der Mamas halten die Vorsorge für ausreichend – aber nur 41 Prozent der Papas.

Urteil über die Lehrer

Viefältig fallen die Urteile der Eltern aus, wenn sie nach dem Engagement der Pädagogen in der Corona-Krise gefragt werden. Zufriedenheit und Frust hängen stark von einzelnen Lehrerpersönlichkeiten ab. 26 Prozent fanden die Unterstützung beim Homeschooling ausreichend, 29 Prozent nicht ausreichend, sechs Prozent waren unentschieden – aber die größte Gruppe (39 Prozent) fand die Hilfe der Lehrer weder eindeutig gut, noch eindeutig schlecht, sondern „ganz unterschiedlich“.

Zweifel an Digital-Fitness

Wenig Vertrauen haben die Familien in die Computerkenntnisse der Lehrer und deren Ausbildung für den Digital-Unterricht. 68 Prozent der Eltern und 69 Prozent der Bevölkerung glauben, dass die Lehrer nicht ausreichend geschult sind.

Schlechte Technikausstattung

Auch die technische Ausstattung der Schulen beurteilen 58 Prozent der Eltern als eher schlecht oder sehr schlecht. Und der große Innovationsschub durch die Corona-Krise? 65 Prozent sagen: er ist er ausgeblieben.

Familien besser ausgerüstet

Die eigene digitale Ausstattung zuhause fanden hingegen 69 Prozent der Mütter und Väter ausreichend für den Fernunterricht. Aber immerhin knapp ein Viertel, genau 24 Prozent, sahen sich nicht ausreichend technisch vorbereitet, sieben Prozent legten sich nicht fest.

Problem Stundenausfall

Wie kommen die Schulen durch die Pandemie-Krise? Da fällt sowohl Eltern als auch der Gesamtbevölkerung vor allem der Unterrichtsausfall und der Lehrermangel negativ auf. Knapp die Hälfte der Eltern (48 Prozent) meinen, dass nach wie vor viele Stunden ausfallen. Weiteres Problem ist der Lehrermangel – 45 Prozent der Väter und Mütter sagen, dass er sich gravierend verschärft habe.

Schlechte Noten für Schulpolitik

Mit dem Krisenmanagement der Landesregierung insgesamt ist die Mehrheit der Bürger durchaus zufrieden: 51 Prozent bewerten die Arbeit als gut, neun Prozent als sehr gut – macht unterm Strich 60 Prozent. Deutlich schlechter fällt das Ergebnis aus, wenn die Menschen nur nach der Schulpolitik in der Corona-Krise gefragt werden: Hier gibt eine Minderheit von 34 Prozent die Note „gut“ oder besser, 57 Prozent sind unzufrieden.

BNN.de

Mehr zum Thema BaWü-Check „Schulen“ auf unserer Website unter: bnn.de



Jutta Luem-Eigenmann, Vorsitzende des Gesamtelternbeirats (GEB) Achern:

„Die Ergebnisse zum Homeschooling decken sich mit meinen Erfahrungen.“

Es ist nicht so unterirdisch schlecht verlaufen, wie es manchmal dargestellt wurde. An einigen Schulen hat es tatsächlich ganz gut funktioniert, es gab aber auch Schulen, da hatte man das Gefühl, die sind in der Versenkung verschwunden. Auch über die Lehrer kann man nicht pauschal urteilen. Lehrer sind keine Software-Administratoren. Und gut gemachter Online-Unterricht ist sehr viel aufwändiger als herkömmlicher. Manche Lehrer können das einfach gut, andere sind nicht so fit, weil sie bisher noch keine Fortbildungen hatten. Man hat sie im Regen stehen lassen. Bei der Digitalausstattung hat es einen deutlichen Schub durch die Corona-Krise gegeben. Bei uns in Achern wurden schon mehrere Hundert Tablet-Computer verteilt. Auf die Schulträger kommen da erhebliche Kosten zu. Es geht ja nicht nur um eine gute Erstversorgung, sondern in vier, fünf Jahren müssen die Geräte ausgetauscht werden. Unterschätzt haben viele die fehlende Ausstattung bei den Familien zuhause: In vielen Haushalten gibt es keine Drucker und keine Fest-PCs mehr.“



Holger Zweigart, Elternbeiratsvorsitzender Reuchlin-Gymnasium Pforzheim, GEB-Vorstandsmitglied:

„In den vergangenen sechs Monaten seit der Schulschließung im März ist zu wenig passiert. Man hat es verschlafen, den Schulen klare Vorgaben zu machen, welche Software sie wirklich nutzen können, was datenschutzrechtlich erlaubt ist. Unsere Schule in Pforzheim ist außerdem die letzte ohne schnelles Internet, dabei lag das Glasfaserkabel nur wenige Hundert Meter von der Schule entfernt. In diesen Wochen soll der Anschluss nun endlich fertig werden. Unsere Stadt hat große Finanzprobleme. Aber auf allen Ebenen dauert die Entscheidungsfindung für die Schulen immer zu lange. Dringend überarbeitet werden müssten auch die Stundenzuweisungen für Lehrer, die sich um die IT an den Schulen kümmern. Die bräuchten deutlich mehr Zeit dafür. Was das Homeschooling angeht, hatte ich persönlich den Eindruck, es gab eine Drittelung bei den Familien: Ein Drittel meckert, ein Drittel sagt, es sei gut gelaufen, ein Drittel hat keine Meinung. Ähnlich ist es beim Engagement der Lehrer: Etwa ein Drittel hat sich toll engagiert, ein Drittel machte Dienst nach Vorschrift, ein Drittel hat sich sozusagen eine gute Zeit gemacht.“ Fotos: Privat

Engpässe beim Grippeimpfstoff

Andrang ist deutlich größer als im Vorjahr / Bestellungen richten sich nach Werten von 2019

Von unserem Mitarbeiter
Sebastian Schlenker

Stuttgart. Deutlich mehr Menschen als im Vorjahr haben sich in diesem Herbst im Südwesten bereits gegen Grippe impfen lassen. „Der Andrang zur Grippeimpfung war bislang wirklich groß“, teilte eine Sprecherin der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württembergs (KVBW) mit. In zahlreichen Arztpraxen sei es zu Engpässen gekommen. Dies bestätigte ein Sprecher des Hausärzteverbands. Die Engpässe seien regional sehr

„

Durch die Pandemie sind die Menschen mehr sensibilisiert.

Manfred King
Deutscher Hausärzteverband

unterschiedlich und nicht auf Ballungsräume beschränkt, sagte Sprecher Manfred King. Die Landesapothekerkammer Baden-Württemberg schätzte die Nachfrage nach der Grippe-Impfung bereits Anfang Oktober als sehr hoch ein.

Weitere Dosen der Grippeimpfung wurden bereits nachgeordert und sollen laut KVBW spätestens Mitte November verfügbar sein. Die Gründe für die derzeitigen Engpässe sind aus Sicht der Vereinigung der Kassenärzte vielschichtig. Zum einen bestünden Schwierigkeiten bei den biologischen Herstellungsprozessen der Impfstoffe. Zum anderen sei die gro-



Spritze als Schutz: In vielen Arztpraxen in Baden-Württemberg gibt es kaum noch Dosen der Grippeimpfung. Das soll sich zeitnah ändern. Foto: Felix Kästle/dpa

ße Nachfrage im Frühjahr, als die Impfstoffmenge bestellt werden musste, noch nicht absehbar gewesen. Da ein Grippeimpfstoff an die jährliche Grippesaison angepasst wird, sind nicht verimpfte Ampullen nach dem Ende der Saison wertlos. Die Bestellungen richten sich deshalb etwa nach Erfahrungen der Vor-

jahre, lassen sich jedoch nie passgenau abschätzen.

„Durch die Corona-Pandemie sind die Menschen nun mehr sensibilisiert für das Thema“, sagte Manfred King vom Hausärzteverband. Zu spät sei es für eine Impfung noch nicht. Die Impfsaison habe vielmehr erst begonnen. Der frühe Käl-

teeinbruch im Oktober habe sicher dazu beigetragen, dass manche Menschen schon so früh zum Impfen zum Arzt gegangen seien, meinte King.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat mehrfach dazu aufgerufen, sich in diesen Herbst gegen Grippe impfen zu lassen. Um eine gleichzeitige Belastung des Gesundheitssystems durch Grippekranken und Corona-Infizierte abzuschwächen, rief der Minister insbesondere Risikogruppen zur Impfung auf. Dazu zählen nach Angaben der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut Menschen ab 60 Jahren oder mit chronischen Krankheiten, aber auch medizinisches Personal und Menschen, die beruflich viel mit Publikumsverkehr zu tun haben. Zudem wird die Grippeimpfung für Schwangere und Menschen in Alten- und Pflegeheimen empfohlen.

In Baden-Württemberg werden die Kosten für die Grippeimpfung unabhängig von den Empfehlungen der Impfkommission für alle Versicherten übernommen. Dies geht auf eine Empfehlung des baden-württembergischen Sozialministeriums zurück. Die Menge an verfügbaren Impfdosen bleibt dennoch begrenzt.

Im vergangenen Jahr haben sich laut KVBW bundesweit 14 Millionen Menschen gegen Grippe impfen lassen. Für die diesjährige Grippesaison sind für ganz Deutschland insgesamt 26,675 Millionen Impfdosen beschafft worden, wie ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums in dieser Woche der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte. Davon stünden noch 7,4 Millionen Dosen bereit, um zeitnah ausgeliefert zu werden.

Erzbistum muss zahlen

Freiburg (dpa). Das Erzbistum Freiburg muss im Zuge seiner Finanzaffäre wegen nicht korrekt abgeführter Sozialversicherungsbeiträge 10,8 Millionen Euro an die Deutsche Rentenversicherung nachzahlen. Die Summe setzt sich nach Angaben der katholischen Erzdiözese vom Dienstag aus regulären Nachzahlungen in Höhe von rund 6 Millionen Euro sowie weiteren 4,8 Millionen Euro an Säumniszuschlägen zusammen.

Damit endet die vor rund drei Jahren öffentlich gewordene Affäre halbwegs glimpflich für das Erzbistum, das aus Angst vor einer deutlich deftigeren Nachzahlung zwischenzeitlich einen dreistelligen Millionenbetrag zurückgestellt hatte. Bereits im Oktober 2017 hatte das Erzbistum eingeräumt, Beiträge von Beschäftigten zur gesetzlichen Rentenversicherung über viele Jahre hinweg nicht korrekt abgeführt zu haben – die Prüfungen dazu dauerten bis jetzt. „Die vergleichsweise hohe Rückstellung, die die Erzdiözese zur Abdeckung potenziell drohender Risiken im Jahr 2017 in ihre Bilanz aufgenommen hatte, kann nun zum größten Teil wieder aufgelöst werden“, hieß es nun.

Die Prüfungen der Rentenversicherung drehten sich nach Bistumsangaben vor allem um die Frage, ob in der Erzdiözese alle vorgeschriebenen Sozialversicherungsabgaben und die damit einhergehende Lohnsteuer korrekt ermittelt und abgeführt worden seien. Die Staatsanwaltschaft hatte zwischenzeitlich auch ermittelt und dann im Oktober 2018 mitgeteilt, kein strafrechtlich relevantes Verhalten entdeckt zu haben.

Erdstöße rund um Straßburg

Straßburg/Kehl (bnü/fl). Mehrere Erdstöße wurden in der Nacht zum Mittwoch im Raum Straßburg registriert. Der stärkste mit einer Magnitude von 2,7 ereignete sich um 5.39 Uhr, das erste Beben wurde gegen 23.30 Uhr mit einer Stärke von 2,1 registriert. In Frankreich wird jetzt darüber spekuliert, ob die Wiederaufnahme von Einspeisetests einer geplanten Geothermieanlage in Reichstett, drei Kilometer nördlich von Straßburg, damit zusammenhängen.

Die Erkundungen und Vorbereitungen für die auf dem Gelände einer ehemaligen Raffinerie geplante Anlage wurden bereits mehrfach für Erdbeben in der Region verantwortlich gemacht. Im November vergangenen Jahres wurden die so genannten Einspeisetests zunächst untersucht, am 24. September hat die Präfektur dann Grünes Licht für die Wiederaufnahme gegeben. Eine Untersuchung hatte zuvor festgestellt, dass ein Zusammenhang zwischen den Vorgängen in Reichstett und den Erdstößen nicht nachzuweisen war. Am Mittwochnachmittag räumte Fonroche als Betreiber der geplanten Geothermieanlage indes ein, dass die neuerlichen Einspeisetests die jüngsten Erdstöße auslöste.

Zweifel an den Erinnerungen

Gutachter soll Glaubwürdigkeit der Klägerin im Pfadfinderprozess überprüfen

Von unserem Redaktionsmitglied
Sibylle Kranich

Baden-Baden. Steht der Pfadfinderprozess in Baden-Baden vor einer unerwarteten Wende? Einiges deutet darauf hin, dass dem wohl spektakulärsten Fall des Jahres vor dem Landgericht so langsam die Luft ausgeht. Unter den regelmäßigen Prozessbeobachtern wird die Frage immer lauter, ob es am Ende überhaupt zur Verurteilung des 64-jährigen Dieter K. wegen Vergewaltigung kommen wird.

Medien aus ganz Deutschland hatten Ende September über den Prozessauftakt berichtet. Die Anklageschrift war außergewöhnlich genug, um das Interesse der Boulevardpresse und privater Fernsehsender zu wecken. Dem einschlägig und stadtbekanntem Angeklagten wird darin zur Last gelegt, vor über 30 Jahren im Keller des Pfadfinderheims eine Gruppe von Jungs dazu gezwungen zu haben, ein kleines Mädchen zu vergewaltigen. Mit einem Pfadfinderschwur soll Dieter K. alle Beteiligten dazu gebracht haben, nichts zu verraten. 30 Jahre hatte die Mauer des Schweigens gehalten, ehe

das Opfer selbst den Mut fand, zur Polizei zu gehen.

Der Fall schien klar und die Kammer hatte den Prozess ursprünglich nur auf drei Tage anberaumt. Offensichtlich war sie nach dem Studium der umfangreichen Ermittlungsakten zu dem Schluss gekommen, dass diese Zeit für eine Hauptverhandlung reichen würde. Beweisaufnahme, Plädoyers und Urteil inklusive.

Verhandlung dauert länger als ursprünglich geplant

Inzwischen aber ist bereits der fünfte Verhandlungstag vorbei und neue Termine sind bis in den Dezember festgelegt. Hinter den Kulissen scheint sich eine Wende vollzogen zu haben, die die Aussicht auf ein schnelles Ende schwinden lässt. Ein Urteil noch vor Weihnachten erscheint fraglich.

Am Verhandlungstag am Mittwoch ließ das Gericht vorerst einen von mehreren Beweisanträgen der Verteidigung zu. Der Antrag fordert ein Gutachten über Glaubwürdigkeit der Aussagen der Nebenklägerin. Die heute 44-Jährige Baden-Badnerin,

die Dieter K. beschuldigt, die jungen Männer zu ihrer Vergewaltigung im Kindesalter angestiftet zu haben, hatte bereits am zweiten Prozesstag ausführlich ausgesagt. Allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Laut Beweisantrag von Rechtsanwalt Andreas Kniep aus Sinzheim müssen sich dabei Diskrepanzen mit ihrer ursprünglichen Aussage bei der Polizei im Sommer 2018 ergeben haben. Diese waren offenbar groß genug, um die Kammer unter Vorsitz von Richter Wolfgang Fischer davon zu überzeugen, die Glaubwürdigkeit der Klägerin durch ein medizinisches Gutachten überprüfen zu lassen.

Der Gerichtspsychiater Peter Winkler aus Tübingen hatte der Zeugin am vierten Prozesstag ein tadelloses Erinnerungsvermögen bescheinigt. Allerdings ging es dabei nur um die Frage, ob ihre Erinnerungsfähigkeit, bedingt durch ein längeres Koma nach einer Drogenüberdosis, beschädigt sein könnte. „Nein“, so das Fazit Winklers. In seinem jetzigen Gutachten soll er nun prüfen, ob die Erinnerungen, die die Zeugin zu haben glaubt, auch aus tatsächlich Erlebtem stammen können. Sein Bericht wird für Anfang Dezember erwartet.

Arzt soll Atteste gefälscht haben

Sinsheim (dpa/lsw). Wegen mutmaßlich falscher Masken-Atteste haben Polizisten die Praxis eines Sinsheimer Arztes durchsucht. Er wird verdächtigt, falsche Gesundheitszeugnisse ausgestellt zu haben, wie Polizei und Staatsanwaltschaft am Mittwoch mitteilten. Es werde in mindestens drei Fällen ermittelt. Die Atteste hatten den Angaben nach von der Pflicht befreit, einen Mund-Nasenschutz zu tragen. Wie die Ermittlungen ergaben, wohnen die angeblichen Patienten aber mehrere Hundert Kilometer von der Praxis entfernt. Daher bestehe der Verdacht, dass sie nie von dem Mediziner untersucht worden sind.

Ausstellung über Gerst zieht um

Künzelsau (dpa/lsw). Eine Weltraum-Ausstellung mit persönlichen Gegenständen des deutschen Astronauten Alexander Gerst ist in das Stadtmuseum von Künzelsau (Hohenlohekreis) umgezogen. Bisher wurde die Ausstellung im Rathaus gezeigt, wie die Heimatstadt des 44 Jahre alten Raumfahrers mitteilte.

—Anzeige—

Tolle Angebote bei bnn.de/kaufdown

Am Montag, dem 9. November, startet „Kaufdown“, die außergewöhnliche **Online-Auktion** der BNN. Anderswo steigen die Preise, hier werden sie gesenkt. Auf bnn.de/kaufdown können Sie hochwertige Produkte und Dienstleistungen ersteigern – und das mit einem **Preisvorteil von bis zu 50 Prozent**.

Diese und viele weitere interessante Angebote können Sie ersteigern. Gleich anmelden, Produkte vormerken und kein Angebot verpassen.



Glaskaraffe COOPER

Ladestation Wallbox Chopper SB

„I love Karlsruhe“ Paolo Randazzo

Schnuppermonat im Impuls

Relaxsessel YOGA von JORI

300-€-Gutschein JSB Betten

Hier beginnt Baden